



## Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

### **PFC-Umweltgifte in Bayern beseitigen I: Stabsstelle zur Koordinierung einrichten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Stabsstelle für den Schutz vor den gesundheitsgefährdenden Umweltgiften, den per- und polyfluorierten Chemikalien (PFC) und ihrer Beseitigung in Bayern einzurichten.

Diese Stabsstelle sollte beim Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) oder einer Bezirksregierung angesiedelt werden und unter anderem folgende Aufgaben und Befugnisse haben:

- zentrale Koordinierung der verschiedenen involvierten Ministerien, Fachämter und Verwaltungsbehörden
- zentrale Sammlung von Wissen, Forschungsergebnissen und weiteren Informationen
- zentrale Durchführung von regelmäßigen und flächendeckenden eigenen repräsentativen Messungen, Untersuchungen und Statistiken an Nahrungsmitteln, Trinkwasseranlagen und Gewässern mit fischereilicher Nutzung
- detaillierte Monitoring- und Forschungsprojekte in Auftrag geben
- wissenschaftliche Beratung von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern bzgl. der Festsetzung von Leitwerten und anderen politischen Maßnahmen
- zentrale Stelle zur Koordinierung, Kontrolle und Monitoring von Sanierungsmaßnahmen
- zentrale Auskunftsstelle für Bürgerinnen und Bürger, Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen sowie der Presse; Betreiben der aktuell bestehenden „PFC-Infoline“
- Kontakt zu anderen Bundesländern und zu den relevanten Entscheidungsstellen auf Bundesebene, um gemeinsame Maßnahmen gegen PFC-Verschmutzungen voranzutreiben
- Vorschläge für PFC-Höchstwerte in Nahrungsmitteln machen

### **Begründung:**

An vielen Orten in Bayern sind Gewässer und Trinkwasser, Boden und Nahrungsmittel mit PFC kontaminiert. Für Umwelt und Bevölkerung entstehen dadurch Gefahren, wel-

che es zu verhindern und minimieren gilt. Diese Industriechemikalien sind im menschlichen Organismus gesundheitsgefährdend. Säuglinge und Kinder sind gefährdet, in den ersten Lebensjahren eine geringere Konzentration von Impfantikörpern aufzuweisen. Aber auch Erwachsene können sich wegen der allgegenwärtigen Belastung kaum vor den Chemikalien schützen. PFC sind am häufigsten in Trinkwasser, Fisch, Innereien und Eiprodukten nachweisbar. Insbesondere für ältere Menschen steigt durch Erhöhung des Cholesterinspiegels die Gefahr von kardiovaskulären Erkrankungen wie Blutdruckerhöhung und Herzinfarkte. Auch die Leber, die Schilddrüse und der Fettstoffwechsel werden belastet, das Krebsrisiko steigt.

Besonders an Standorten der bayerischen Chemieindustrie (im Raum Altötting) sowie an diversen Zivil- und Militärflugplätzen sind gefährliche Mengen an PFC in der Umwelt nachweisbar. Im Jahr 2019 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) aufgrund der Gefahren eine folgenreiche Neubewertung der Gesundheitsrisiken vorgenommen und die Schwellenwerte von PFC im menschlichen Organismus deutlich gesenkt. Die Bevölkerung in den besonders von PFC-Kontamination betroffenen Gebieten weist eine Konzentration der Chemikalien weit über diesen Schwellen auf.

PFC sind in der Umwelt außerordentlich stabil und langlebig, entsprechend aufwendig ist die Säuberung von PFC-Belastung in Wasser und Böden.

Aufgrund der Gliederung der bayerischen Verwaltung und des Gemeindewesens sind die verschiedensten Behörden und Verwaltungseinheiten betroffen: Bezirksregierungen, Kommunen, Landesämter und Ministerien. Durch eine Stabsstelle funktioniert sowohl die Information der Bevölkerung, der Informationsaustausch als auch die Koordination der verschiedenen Behörden wesentlich effizienter. Vorbild dafür ist Baden-Württemberg. Dort wurde zur Aufarbeitung vergleichbarer Fälle eine Stabsstelle PFC am Regierungspräsidium Karlsruhe angesiedelt.